

## Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christoph Zöpel, Brigitte Adler, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Ursula Burchardt, Freimut Duve, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Günter Gloser, Dr. Ingomar Hauchler, Dieter Heistermann, Monika Heubaum, Ingrid Holzhüter, Brunhilde Irber, Fritz Rudolf Körper, Walter Kolbow, Erika Lotz, Dr. Hansjörg Schäfer, Otto Schily, Dieter Schloten, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Heidemarie Wieczorek-Zeul, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

### Mittelmeerpolitik

Der nördliche und südliche Rand des Mittelmeers, Europa und die arabische Welt, waren über Tausende von Jahren eng verbunden. Europa war – über diese lange Zeitspanne gesehen – meist der nehmende und die südliche Mittelmeerregion der gebende Teil eines intensiven kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austauschs. Das Mittelmeer verband verschiedene Kulturen.

Heute bildet das Mittelmeer eher einen Graben zwischen diesen Nachbarn. Dieser Graben wird durch das gegenwärtige Entwicklungsgefälle zwischen den nördlichen und südlichen Anrainerstaaten gekennzeichnet. Die Gründe liegen auch darin, daß Europa sein besonderes Interesse an dieser unmittelbaren Nachbarregion verloren hat, die kulturhistorische Neugierde des Mittelalters an den islamisch-wissenschaftlich/kulturellen Erkenntnissen hat einem verbreitetem Unverständnis gegenüber dem islamischen Kulturkreis am südlichen Mittelmeer Platz gemacht.

Die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers wiederum kämpfen – bei allem Interesse, das sie für den europäischen Kulturkreis haben und bei aller Verbundenheit vor allem im wirtschaftlichen Bereich – mit eigenen Problemen, die vor allem mit hohem Bevölkerungswachstum, hoher Auslandsverschuldung, hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, Umweltproblemen, insbesondere defizitären Wasserverhältnissen zu tun haben.

Aufgabe europäischer Politik und damit auch bilateraler Politik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union muß es sein, die wechselseitigen Defizite abzubauen und darauf hinzuwirken, daß das Bild des „Grabens“ nördlich und südlich des Mittelmeers

verschwindet und die traditionelle Verbindungsfunktion wieder aufgebaut wird. Zu diesem Prozeß gehört auch und gegenwärtig sicherlich vor allem, diffuse Bedrohungsängste der Europäer einerseits und Angst vor Fremdbeherrschung der südlichen Mittelmeeranrainer andererseits abzubauen. Migrationsbefürchtungen und Angst vor einem Chaospotential auf europäischer Seite, Erstarkung des Fundamentalismus und Ausweitung von sozialen Unruhen auf der anderen Seite kennzeichnen die Situation.

Eine erfolgreiche Mittelmeerpoltik kann von diesen Zusammenhängen nicht absehen, wie sich ja auch die Bedrohungsgefühle oder -ängste im Westen nicht auf die südlichen Mittelmeerländer begrenzen, sondern beispielsweise den Iran oder Sudan miteinbeziehen. Gleichwohl rechtfertigt sich eine auf das Mittelmeer bezogene Eingrenzung, da sich diese Staaten am südlichen Rand des Mittelmeers als Mittelmeeranrainer verstehen und auch von daher, wenn auch nicht ausschließlich, ihre Identität und Interessen definieren. Sie empfinden sich als Teilhaber eines gemeinsamen Raumes, mit einer gemeinsamen, wenn auch lange Zeit antagonistischen Geschichte, dessen Zukunft wesentlich von den Nord-Süd-Beziehungen abhängt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß der südliche Mittelmeerraum für die Bundesrepublik Deutschland wichtig ist. Aus politischen Gründen stehen für Deutschland eher Mittelost- und Osteuropa im Vordergrund, da alle Vorgänge in diesem Raum unmittelbare Auswirkungen auf unser Land haben können. Wie wir die Solidarität unserer Partner in der Europäischen Union (EU) beim Aufbau und der Heranführung dieses Teils Europas an die EU einfordern, ist es legitim, wenn Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland unsere Unterstützung für ihre Bemühungen im Mittelmeerraum erwarten. Zudem zeigen schon die Auseinandersetzungen innerhalb der aus der Türkei stammenden Minderheit in Deutschland, daß wir direkt von Vorgängen am südlichen Mittelmeer betroffen sind. In der enger werdenden EU wird aber auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn unsere EU-Partner am Nordrand des Mittelmeers in Probleme mit ihren südlichen Nachbarn verwickelt werden. Auch eigenes deutsches Interesse erfordert eine aktive deutsche Mittelmeerpoltik.

Während der deutschen Präsidentschaft hat der Europäische Rat in Essen am 9./10. Dezember 1994 einen Kommissionsvorschlag zur „Stärkung der Mittelmeerpoltik der Europäischen Union: Entwicklung einer Partnerschaft Europa – Mittelmeer“ beraten und gutgeheißen. Er beinhaltet auch die Einberufung einer Ministerkonferenz „Europa – Mittelmeerraum“ unter Beteiligung aller Mittelmeerländer am 27./28. November 1995. Die Bundesregierung sollte sich mit konstruktiven eigenen Vorstellungen an dieser Konferenz beteiligen und damit das deutsche Engagement im Mittelmeerraum unterstreichen. Sie kann dies um so eher, wenn sie sich auf eine breite Zustimmung des Deutschen Bundestages und der deutschen Öffentlichkeit stützen kann. Dies setzt jedoch eine umfassende Information und Diskussion voraus.

Zweifellos gehören die Länder des ehemaligen Jugoslawien zum Mittelmeerraum. Wegen offenkundiger Sonderprobleme müssen

sie – bis auf weiteres – aus einer kohärenten Mittelmeerpolitik ausgespart bleiben. Die Große Anfrage bezieht sich deshalb auf die nordafrikanischen Maghreb-Staaten Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen, die arabischen Maschrek-Staaten Ägypten, Libanon, Syrien und wegen des engen geographischen Zusammenhangs Jordanien sowie Israel, die Türkei, Zypern und Malta.

Die Große Anfrage wird sich in einem ersten Fragenkomplex zunächst mit einer Bestandsaufnahme zur Lage in der Region befassen. In einem zweiten Fragenteil werden die aktuellen Probleme im Hinblick auf das Erstarken des islamischen Fundamentalismus behandelt. In einem dritten Fragenkomplex geht die Anfrage dann auf den Stand bisheriger Initiativen für eine Mittelmeerpolitik ein. Ein vierter Fragenkomplex soll die noch offenen Fragen oder Defizite der bisherigen Mittelmeerpolitik herausarbeiten. Wegen ihrer Bedeutung soll die Kooperation im Sicherheitsbereich in einem eigenen fünften Fragenkomplex angesprochen werden. Fragen zum Umgang mit den in Europa lebenden Muslimen und Musliminnen sollen schließlich in einem sechsten Fragenkomplex gestellt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

## **I. Zur Lage in der Region**

### **1. Die Lage in den einzelnen Staaten**

Wie sieht und beurteilt sie

- die Länderprofile: Fläche, Einwohner (aufgeschlüsselt nach Muslimen, Christen, anderen religiösen Gruppen und Minderheiten),
- die wirtschaftliche Lage, das Wirtschaftswachstum 1990 bis 1995 und die Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahre,
- die soziale Lage: Pro-Kopf-Einkommen, Reallohnverfall, Auswirkungen der Inflation, Verteilung des Reichtums in der Bevölkerung,
- die demographische Entwicklung in Bevölkerungswachstum und Prognosen für den Zeitraum bis zum Jahre 2010,
- der Anteil der Militärausgaben an Haushalt und Brutto sozialprodukt (BSP),
- die Höhe der deutschen und internationalen Entwicklungshilfe

in Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Libanon, Syrien, Jordanien, Palästinensische Gebiete (Gaza, Westbank), Israel, Türkei, Zypern und Malta?

### **2. Konflikte und Krisen in der Region**

#### **2.1 Griechisch-türkischer Konflikt/Zypern**

##### **2.1.1 Wie sieht die Bundesregierung die Hauptstreitpunkte des griechisch-türkischen Konflikts?**

- 2.1.2 Was ist der Stand der Lösungsbemühungen des Zypern-Konflikts?  
Trägt die anstehende Aufnahme Zyperns in die EU zur Konfliktlösung bei?
- 2.1.3 Welches sind die Auswirkungen des griechisch-türkischen Konflikts auf das Verhältnis EU–Türkei?
- 2.1.4 Welche Schwierigkeiten ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus dieser Problemlage für eine kohärente EU-Mittelmeerpolitik?
- 2.2 Arabisch-israelischer Konflikt
- 2.2.1 Wie sieht die Bundesregierung die Ursachen des Konflikts?
- 2.2.2 Wie ist der Stand des Friedensprozesses?
- 2.2.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die Friedensausichten?  
Wovon sind sie abhängig?
- 2.3 Kurdenproblematik
- 2.3.1 Türkei
- 2.3.1.1 Wo sieht die Bundesregierung die Ursachen der Kurdenproblematik?  
Wie sieht sie die Kurdenpolitik der Türkei im eigenen Lande?
- 2.3.1.2 Wie ist die Kurdenpolitik der Türkei gegenüber Drittstaaten  
– Irak,  
– Iran,  
– Syrien?
- 2.3.2 Syrien
- 2.3.2.1 Welche Kurdenpolitik verfolgt Syrien im eigenen Lande?
- 2.3.2.2 Welches ist die syrische Kurdenpolitik gegenüber Drittstaaten  
– Irak,  
– Türkei?
- 2.4 Westsahara/Polisario
- 2.4.1 Welches sind die Ursachen und der bisherige Verlauf des Konflikts?
- 2.4.2 Wie ist der Stand des Friedensprozesses?
- 2.4.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die Friedensausichten?
- 2.5 VN-Embargo Libyen
- 2.5.1 Welches sind die Ursachen und der bisherige Verlauf des Konflikts?

2.5.2 Wie ist der Stand des Konflikts?

2.6. Golfkrieg

Sind Nachwirkungen des Golfkrieges von 1991 in den Ländern des südlichen Mittelmeers feststellbar, gegebenenfalls welche und in welchen Ländern?

## II. Islamischer Fundamentalismus

1.1 Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen des islamischen Fundamentalismus?

Welche Rolle spielt die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung?

Worin begründet sich die Ablehnung westlicher Werte in Teilen der Gesellschaften des arabisch-islamischen Kulturraums?

1.2 Wie sieht und beurteilt die Bundesregierung Erscheinungsformen des islamischen Fundamentalismus und welche gibt es?

Welche Differenzierungen sind angebracht, insbesondere im Hinblick auf die verschiedenen Länder?

1.3 Algerien

1.3.1 Wo sieht die Bundesregierung die Ursachen des bürgerkriegsähnlichen Konflikts in Algerien?

1.3.2 Wie beurteilt die Bundesregierung das Kräfteverhältnis der am Konflikt beteiligten Gruppen, Parteien und anderen Kräften?

1.3.3 Sieht die Bundesregierung im San Egidio-Abkommen einen tragfähigen und auch heute noch entwicklungs-fähigen Ansatz zur Lösung des Konflikts und wie begründet sie gegebenenfalls ihre Auffassung?

1.3.4 Welche Auswirkungen hätte ein Sieg der Islamisten in Algerien auf die Region?

1.3.5 Welche Politik wird die Bundesregierung gegenüber Algerien vertreten, und in welcher Richtung wird sie auf unsere Partner in der EU, insbesondere auf die Haltung Frankreichs einwirken?

1.3.6 Welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dafür oder dagegen, daß die Politik der EU gegenüber Algerien die Frage nach den Chancen von Kooperation oder den Gefahren einer Konfrontation zwischen dem Norden und dem Süden des Mittelmeers präjudiziert?

1.4 Ägypten

1.4.1 Welches sind die Ursachen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Ägypten?

1.4.2 Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten der bisherigen Repressionspolitik der ägyptischen Regierung?

- 1.4.3 Welches sind die ökonomischen Kosten des Konflikts für Ägypten?
- 1.5 Wo sieht die Bundesregierung die wichtigsten Gegenkräfte gegen eine mögliche Machtübernahme der islamischen Fundamentalisten in den arabisch-islamischen Staaten?
- Welche Rolle spielen insbesondere die Frauen und Gewerkschaften?
- Wie können diese Kräfte nach Auffassung der Bundesregierung gestützt werden?
- 1.6 Wie erklärt sich die Bundesregierung die relative Gewaltfreiheit der islamistischen Gruppen in einigen Ländern, z. B. Jordanien, die in Kontrast zu islamistischen Gruppen u. a. in Algerien und Ägypten steht?
- Welche Rolle spielen verhältnismäßig offene, demokratische und pluralistische Strukturen, die den Fundamentalisten ein gewisses Maß an gesellschaftspolitischer Partizipation erlauben?
- 2.1 Wie beurteilt die Bundesregierung die in der arabisch-islamischen Welt verstärkt auftretenden Vorurteile, wonach Demokratie im westlichen Verständnis in islamischen Staaten auch aus religiösen Gründen inakzeptabel sei?
- Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dafür, daß die Demokratie trotz alledem auch in den arabisch-islamischen Staaten die am ehesten geeignete Staatsform sein könnte, um Auseinandersetzungen gewaltfrei auszutragen?
- 2.2 Welche Bedeutung kommt den Menschenrechten in den arabisch-islamischen Ländern zu?
- Inwiefern und mit welcher Begründung teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Menschenrechte mit den Werten des islamisch-arabischen Kulturkreises durchaus vereinbar sind?
- Welche gewichtigen Probleme sieht die Bundesregierung gegebenenfalls in dieser Beziehung und insbesondere hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Frauen?
- 2.3 Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Glaubwürdigkeit des westlichen Eintretens für die Menschenrechte von der Vermeidung doppelter Standards abhängt?
- Für wie berechtigt hält die Bundesregierung die Kritik insbesondere aus der arabisch-islamischen Welt an der Glaubwürdigkeit des Westens?
- 2.4 Warum empfinden Staatsführungen in den Ländern am südlichen Rand des Mittelmeers das westliche Eintreten für die Menschenrechte als destabilisierend?

Inwieweit könnte eine Rolle spielen, daß Staatsführungen in der Region als Hauptursache für den Sturz des Schahs im Iran die „destabilisierenden“ Forderungen der USA nach Respektierung der Menschenrechte sehen?

- 2.5 Wie und unter Zuhilfenahme welcher Mittel wird sich die Bundesregierung in den Ländern am südlichen Mittelmeer für Demokratie und Menschenrechte einsetzen?
- 3.1 Was kann und sollte nach Meinung der Bundesregierung getan werden, um möglichst schon im Vorfeld die Gefahren von Konfrontationen mit dem islamischen Fundamentalismus zu vermeiden oder zumindest zu verringern?
- 3.2 Wie beurteilt die Bundesregierung informelle und dialoghafte Kontakte von gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Parteien usw. mit Vertretern des islamischen Fundamentalismus?
- 3.3 Welche zivilgesellschaftlichen Kontakte in den arabisch-islamischen Raum hält die Bundesregierung für sinnvoll? Welche ist sie bereit zu fördern?

### **III. Bisherige Initiativen und Ansätze zu einer Mittelmeerpolitik**

#### *1. Europäische Union*

- 1.1 Welches waren die Defizite der bisherigen EU-Mittelmeerpolitik bis zur Tagung des Europäischen Rates in Essen am 9./10. Dezember 1994?
- 1.2 Welches sind die Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen der in Essen beschlossenen neuen EU-Mittelmeerpolitik?
- 1.3 Was ist der Stand der Vorbereitungen der für die zweite Jahreshälfte 1995, voraussichtlich am 27./28. November geplanten Ministerkonferenz „Europa – Mittelmeerraum“ unter Beteiligung der betroffenen Mittelmeerländer?
2. Welche Konzepte für die wechselseitigen Beziehungen mit den Staaten am südlichen Rand des Mittelmeers haben die NATO, die Westeuropäische Union (WEU) und die Nordatlantische Versammlung (NAV)?
3. Eigene Initiativen der Bundesregierung
  - 3.1 Gab und gibt es eigene – nicht multilateral eingebundene – Initiativen der Bundesregierung, die den südlichen Mittelmeerraum betreffen?
  - 3.2 Wird die Bundesregierung gegebenenfalls eigene Initiativen fortführen bzw. einleiten?  
Wenn ja, welche und mit welcher Begründung?
4. Gibt es Vorschläge und/oder Initiativen der betroffenen südeuropäischen Staaten zu einer besseren Ausgestaltung der wechselseitigen Beziehungen mit den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers?

- 5.1 Arabische Staaten
  - 5.1.1 Gab oder gibt es auf den Mittelmeerraum oder Teilen dieses Raumes bezogene Initiativen arabischer Staaten?
  - 5.1.2 Wie werden sie gegebenenfalls von der Bundesregierung beurteilt?
- 5.2 Israel
  - 5.2.1 Gab oder gibt es auf den Mittelmeerraum oder Teilen dieses Raumes bezogene Initiativen Israels?
  - 5.2.2 Wie werden sie gegebenenfalls von der Bundesregierung beurteilt?
- 5.3 Türkei
  - 5.3.1 Gab oder gibt es auf den Mittelmeerraum oder Teilen dieses Raumes bezogene Initiativen der Türkei?
  - 5.3.2 Wie werden sie gegebenenfalls von der Bundesregierung beurteilt?

#### **IV. Reichweite und Defizite bisheriger Mittelmeerpolitik**

- 1. *Soziale Lage in den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres*
  - 1.1 Teilt die Bundesregierung die Prognose der EU-Kommission (Anhang 1 des Kommissionsvorschlags „Stärkung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union: Entwicklung einer Partnerschaft Europa – Mittelmeer“ vom 19. Oktober 1994), wonach selbst bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung bis zum Jahre 2010 wegen der dynamischen Bevölkerungsentwicklung in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers sich das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf der Bevölkerung vom jetzigen Verhältnis 1 : 10 im Vergleich zur EU auf das Verhältnis 1 : 20 verschlechtern wird?
  - 1.2 Ist es realistisch davon auszugehen, daß bei einem Finanzvolumen von 5,5 Mio. ECU von 1996 bis 2000 seitens der EU für die gesamte Region ein nennenswerter Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Masse der Bevölkerung erreicht werden kann?
  - 1.3 Ändert sich das Bild wesentlich, wenn die gesamte Entwicklungshilfe, die in die Region fließt, addiert wird?
  - 1.4 Wie wirken sich die wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme, die von der EU, aber auch der Weltbank, dem IMF und anderen Gebern forciert werden, in den meisten arabischen Staaten auf die soziale Lage breiter Schichten aus?
  - 1.5 Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den voraussehbaren sozialen Entwicklungen?
  - 1.6 Ist nicht zu befürchten, daß die sozialen Mißstände Wasser auf die Mühlen der Islamisten sein werden?



2. *Zollunion mit Mittelmeerländern bis 2010*
- 2.1 In dem EU-Kommissionsvorschlag wird eine Zollunion mit den Mittelmeerländern bis zum Jahre 2010 in Einklang mit den WTO-Verpflichtungen angestrebt. Wie realistisch ist dieses Ziel nach Auffassung der Bundesregierung?
- Welche Umsetzungsansätze gibt es bisher?
- 2.2 Der EU-Kommissionsvorschlag geht davon aus, daß die Zollunion mit der Türkei 1995 vollendet sein soll. Wie ist der Stand der Verhandlungen?
- Welche Hürden stehen weiterhin einer Verwirklichung dieses Zieles im Wege?
- 2.3 Müssen die Vorbedingungen, die der Türkei als assoziiertem Mitglied der EU zur Verwirklichung der Zollunion gestellt werden, nicht auch, oder erst recht, für andere Mittelmeeranrainer vor Verhandlungen über eine Zollunion gelten?
3. *Kooperationsbereiche*
- 3.1 Hat die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ratsagung in Essen Informationsgespräche mit den Staaten des südlichen Mittelmeerraums geführt, die bei der Formulierung des EU-Kommissionsvorschlags mitverwertet worden sind?
- 3.2 Welche Kooperationsbereiche sind bei den südlichen Anrainerstaaten auf die größte Zustimmung gestoßen? (Gegebenenfalls Auflistung der Kooperationsbereiche mit Votum der einzelnen Länder des südlichen Mittelmeers.)
- 3.3 Hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, daß auch Vorschläge für Kooperationsbereiche aus dem Süden aufgenommen wurden?
- Gegebenenfalls welche und von welchen Ländern?
4. *Konflikte und Krisengebiete*
- 4.1 Der arabisch-israelische Konflikt vergiftet seit Jahrzehnten das politische Klima in der Region und gefährdet den Weltfrieden. Die Vollendung des Friedensprozesses ist ein Kernstück der deutschen und der EU-Nahost- und Mittelmeerpolitik. Hält die Bundesregierung den bisherigen Beitrag der EU für ausreichend?
- Welchen Einfluß hat die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft auf die EU-Politik zur Förderung des Friedensprozesses genommen?
- 4.2 Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die EU künftig eine größere Rolle im Nahost-Friedensprozeß spielt, die auch der Höhe ihres finanziellen Beitrags eher entspricht?
- 4.3 Welchen Beitrag haben die EU und die Bundesregierung zur Lösung des Südsahara-Konflikts geleistet?

- 4.4 Gelten nach wie vor die Voraussetzungen für die VN-Sanktionen gegenüber Libyen?
- 4.5 Welche Vorstellung hat die Bundesregierung zur Lösung der Kurdenproblematik, die sich ja nicht nur für die Türkei, sondern auch den Irak, den Iran und für Syrien stellt?
- 4.6 Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Vorstellungen durchzusetzen?

## V. Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit

1. *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM)*
- 1.1 Die KSZE ist oft als ein entscheidender Motor für die allmähliche Entschärfung und Überwindung der Sicherheitsprobleme in Europa beschrieben worden. Können die Methoden und Erfahrungen der KSZE auf den Mittelmeerraum übertragen werden?
- 1.2 Welche Staaten und politischen Kräfte des südlichen Mittelmeerraumes haben sich bisher positiv zur Übertragung der Methoden und Erfahrungen der KSZE auf den Bereich des Mittelmeers geäußert?
- Welche Einschränkungen haben sie gegebenenfalls gemacht?
- 1.3 Wie müßte eine solche KSZM initiiert werden?
- Wer müßte die Initiative ergreifen?
- Müßten nicht von Beginn an Länder des südlichen Mittelmeerraums als Initiatoren beteiligt sein?
- Welche Rolle hätten die USA und Rußland zu übernehmen?
- 1.4 Wären ständige Einrichtungen der KSZM erforderlich?
- 1.5 Welche Bereiche sollten Gegenstand angestrebter Abkommen werden:
- Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung?
  - Verbot der Herstellung und Lagerung von Massenvernichtungswaffen?
  - Aufbau von Mechanismen zur Konfliktschlichtung, Konfliktlösung und Konfliktprävention?
- 1.6 Müßten auch Abkommen über gemeinsames Vorgehen
- gegen Terrorismus,
  - Drogenproduktion und Drogenhandel,
  - Waffenhandel,
- Gegenstand von Abkommen im Rahmen der KSZM werden?
- 1.7 Sollten zusätzlich auch Konventionen über
- Menschenrechte,

- Minderheitenrechte,
- Migration

im Rahmen einer KSZM angestrebt werden?

- 1.8 Wie beurteilt die Bundesregierung die Akzeptanz der in den Fragen V Nr. 1.5 bis 1.7 angesprochenen Kooperationsbereiche durch die Staaten des südlichen Mittelmeerraums?

## 2. *Sonstige Initiativen*

- 2.1 Gibt es andere Überlegungen, Vorschläge oder Anregungen als eine KSZM mit dem Ziel, die gemeinsame Sicherheit im Mittelmeerraum zu gewährleisten?

Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere das Forum für Dialog und Kooperation im Mittelmeer (Mediterranean Forum)?

- 2.2 Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, nach dem Vorbild einer NATO „Partnership for Peace“ eine „Partnership for the Mediterranean“ oder „Partnership for the South“ zu etablieren?

- 2.3 Teilt die Bundesregierung die Überlegungen, Offiziere aus Staaten des südlichen Mittelmeeres zu NATO-Seminaren und NATO-Übungen einzuladen und gemeinsame multinationale militärische Übungen abzuhalten?

- 2.4 Gibt es für die Bundesregierung Befürchtungen, daß solche Kooperationen in den meisten Staaten des südlichen Mittelmeerraums kontraproduktiv wirken könnten, weil sie von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden?

## 3. *Bewertung*

- 3.1 Welche Erfolgsaussichten gibt die Bundesregierung bisher gemachten Überlegungen und Vorschlägen, um zu der angestrebten Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich im Nord-Süd-Verhältnis des Mittelmeerraums zu gelangen?

- 3.2 Wie groß schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich ein, wenn in den wichtigen Ländern des südlichen Mittelmeers Islamisten die politische Macht ergreifen würden bzw. maßgeblichen Einfluß ausübten?

Besteht dann die Gefahr, daß alle Pläne für eine Kooperation im Bereich gemeinsamer Sicherheit obsolet werden und/oder bereits bestehende Abkommen zu Makulatur werden?

## VI. **Islam in Europa**

1. Es ist offenkundig, daß Verhalten der Europäer gegenüber den in Westeuropa lebenden Muslimen und Musliminnen große Bedeutung für die Beziehungen zur ara-

bisch-islamischen Welt am Südrand des Mittelmeers hat. Wie sollten die Europäer den in ihrer Mitte lebenden islamischen Gemeinschaften begegnen?

2. Wie erklärt sich die Bundesregierung latente Feindseligkeiten, insbesondere gegenüber den Türken und die zahlreichen Anschläge gegen türkische Einrichtungen?
3. Was tut die Bundesregierung, um die türkisch-islamische Minderheit, ihre Einrichtungen und türkisches Eigentum in Deutschland wirksam zu schützen?
4. Welche Projekte in verschiedenen Bildungs- und Beratungseinrichtungen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, die sich den Abbau der Benachteiligung von muslimischen Mädchen/Frauen zum Ziel gesetzt haben?

Wie weit unterstützt die Bundesregierung nach dem Subsidiaritätsprinzip dieses gesellschaftliche Ziel in den einzelnen Trägerprojekten?

5. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß neben den aus der Türkei stammenden Völkergruppen auch andere aus dem südlichen Mittelmeerraum stammende Gruppen Deutschland zum Austragungsort ihrer Auseinandersetzungen machen könnten?
6. In einer Reihe von arabisch-islamischen Ländern wird Deutschland als eine Art „sicherer Hafen“ für militante Islamisten angesehen, von wo aus diese ihre Aktivitäten vorbereiten, organisieren und koordinieren können. Der gleiche Vorwurf wurde auch schon aus dem westlichen Ausland erhoben. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um diesem Eindruck entgegen zu wirken?

Bonn, den 29. Juni 1995

**Dr. Christoph Zöpel**

**Brigitte Adler**

**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**

**Ursula Burchardt**

**Freimut Duve**

**Katrin Fuchs (Verl)**

**Norbert Gansel**

**Günter Gloser**

**Dr. Ingomar Hauchler**

**Dieter Heistermann**

**Monika Heubaum**

**Ingrid Holzhüter**

**Brunhilde Irber**

**Fritz Rudolf Körper**

**Walter Kolbow**

**Erika Lotz**

**Dr. Hansjörg Schäfer**

**Otto Schily**

**Dieter Schloten**

**Dagmar Schmidt (Meschede)**

**Dr. Angelica Schwall-Düren**

**Dr. Peter Struck**

**Margitta Terborg**

**Siegfried Vergin**

**Günter Verheugen**

**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**

**Heidemarie Wiczorek-Zeul**

**Rudolf Scharping und Fraktion**